

Abonnements  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
eingekauft, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Warteljahrespreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3. — für Deutschland (Gauert)  
Fr. 1.75 für Oesterreich (Gauert)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltverkehrs (Kreuzband)

Inserte  
zu den Sonntagsheften  
25 Cts. — 20 Pfg.

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint  
monatlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Verlagsbuchhandlung  
Gottlingen-Zürich.  
Bestellungen  
franko gegen franko.  
Geldliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

№ 8. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Zensurvorschriften abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 18. Februar 1887.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Wahlfonds-Quittung.

Zum Widerstand bis zum „letzten Mann und  
letzten Groschen“ weiter erhalten:

Von ungarischen Genossen aus Budapest (Motto: Vorwärts! Dr. Werra dmsl. 1. —, Kur Sozialreformer — 60 fr., auch Sozialrevolutionär — 40 fr., Humanist — 60 fr., S. S. — 30 fr., Dr. Justus 1. —, Kämgel die Friedensstörer 1 90. Zusammen: dmsl. 6 —) Fr. 9 48 Postcourts. C. S. Bried (Fr. 2 —) 1 60. P. Gen. Forest (12 10) 9 68. Post durch J. Dsch. K. B. Ber. Brüssel (26 25) 21 —. London, von Mitgliedern des Comm. K. B. Ber. und anderen Genossen (5 Pfd. Stg.) 100 80. B. L. Pp. 1 60. Allg. Arb. Ber. Biel (Fr. 31 80) 25 44. W. Straub Oberrieden (2 50) 2 —. Hamburg und Altona, von den Freunden des „Engels“ 300 —. Altona 20 —. Arbeiterverein Tsch (20 —) 16 —. Den Haag Holland (207 —) 165 60, von den holländischen Gen. Von einem Oesterreicher (1 —) — 80. Mitgliedschaft Chaudelonds (10 —) 8 — und (10 —) 8 — auf Sammellisten und für K. L. eingegeben im Allg. Arb. Ber. J. Schuler S. Francisco (4 87) 3 89. Holzard. Gernertsch. Morisch (3 —) 2 40 gesammelt durch den Saniten. Landesauskunft dtsch. Sozialisten in Zürich (500 —) 400 —, wovon in Nr. 6 bereits quittiert aus Zug Fr. 58 50 = 48 80, also heute nur noch Fr. 333 20 zur Einnahme zu rechnen sind. Kether Franz 1 —. K. H. St. Gellen (5 —) 4 — und (5 —) 1 — von Frau und Schwägerin, also (2 —) 1 60. B. L. Zürich (2 —) 1 60. Bern (80 —) 64 — v. d. Oberunterhaltung des Dsch. Ber. und der Mitgliedschaft dtsch. Genossen vereinnahmt.

In Nr. 7 quittiert: Fr. 21,468 55.  
Zweite Sendung aus Amerika v. d. Soz. Arbeiterpartei (Fr. 10,000) 8000 —.  
Oben (bis zum 15. Februar) quittiert „ 1121 67.

Insgesamt: Fr. 30,290 22.

Die Administration des „Sozialdemokrat“.

### Die neueste Schandthat der Puttkamer.

Die nichtswürdigen Räuber- und Gaunerstreiche, welche es im diesmaligen Wahlkampf gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft verübt, haben dem bismarckisch-puttkamerischen Ordnungsheldenthum noch nicht genügt. Nicht zufrieden damit, in Frankfurt am Main den Arbeiter Schäfer in den Verweisungsbahnhof zu treiben, nicht zufrieden mit dem auf ihr Haupt entfallenden Opfer der drei in Berlin vernichteten Arbeiter Bachmann, Hensel und Rauen, mußten die Herren zu ihren vielen Schandthaten auch noch den direkten Mord fügen. Die Ordnungshypothek hat nicht geruht, bis sie Blut fließen gesehen.

Kothes, frisches Arbeiterblut ist geflossen, ein blühendes Leben vernichtet, so wollte es — nicht das Gesetz, selbst wenn wir das Schandgesetz als ein solches gelten lassen wollten, nein, so wollte es die übermüthige Laune eines durch den Mantel der Gerechtigkeit zur brutalsten Willkür privilegierten „Ordnungs“-Wärterchens.

Der Ort, wo diese neueste Puttkameriade aufgeführt wurde, ist Stettin. Obwohl wir voraussetzen dürfen, daß die Eigenschaften derselben der großen Mehrzahl unserer Leser aus der Tagespresse schon bekannt sind, wollen wir sie doch, weil sie für das heutige System überaus bezeichnend sind, hier noch einmal kurz reproduzieren.

Am 7. Februar war nach dem Saale der Bockbrauerei in Stettin eine große Wählerversammlung einberufen worden, in welcher die Arbeiterkandidaten für Stettin und den angrenzenden Wahlkreis Radow-Gröfenhagen, Fr. Herbert und Fritz Gördi, referiren sollten. Die Versammlung war glänzend besucht, gegen 4000 Personen drängten sich in dem Saal. Als erster Redner sprach Herbert, und zwar in durchaus ruhiger, sachlicher Weise. Plötzlich erhob sich der überwachende Polizist und erklärte, ohne die geringste Veranlassung — Herbert wollte eben von der Besprechung des Krankenversicherungsgesetzes zur Besprechung des Unfallversicherungsgesetzes übergehen — und ohne Berufung auf irgend ein Gesetz oder Gesetzesparagrafen, die Versammlung für aufgelöst. Der Vorsitzende, Maurer Behrend, und die Referenten wollten die Anwesenden zum ruhigen Auseinandergehen auffordern, wurden aber durch den erwähnten Polizisten daran verhindert und aus dem Saale gedrängt. Schulleute besetzten das Podium und zogen blank, obwohl ihnen auf mindestens sechs Schritte im Umkreis keine einzige Person gegenüberstand. Daraufhin wurden sie allerdings aus der noch im Saale befindlichen Menge heraus mit Biergläsern bombardirt und zogen sich auch schleunigst zurück, worauf der Saal sich bald leerte. Draußen blieben noch einige hundert Arbeiter disputirend auf der Straße stehen, als auf einmal zwei Kolonnen Militär mit aufgeschlagenem Seitengewehr heranrückten und auf die mehrlosen Arbeiter mit Bajonnettstichen eindringten. Massenhafte Verwundungen, zum Theil schwerer Natur, erfolgten, einer der Ueberfallenen, der 31-jährige Arbeiter Emil Ferga, verstarb noch am gleichen Abend.

Dies die nackte Darstellung des Thatbestands ohne irgend welche tendenziöse Färbung.

Und nun fragen wir jeden urtheilsfähigen Menschen, der nicht mit vorgefaßtem Urtheil an die Sache herantritt: Ist noch ein Zweifel möglich, daß es sich hier um eine absichtliche Provokation von Seiten der Polizei handelte? In welchem Lande der Welt wären Arbeiter, wären Menschen mit warm pulsirendem Blut zu finden, die über solch infame Brutalisierung nicht in die äußerste Erregung geriethen? Selbst der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird, und Menschen, die zusammengelassen sind, um über die Ausübung ihrer politischen Rechte zu beraten, sollen still und geduldig bleiben, wenn ein uniformirter Dube sich erfrecht, viertausend Staatsbürger wie Schulkinder auseinanderzujagen!

Man spricht so oft und so gern von dem Gesehlichkeitsinn des englischen Volkes, aber wenn dergleichen in England passirte, so würde die Menge den Burschen auf der Stelle geknüttelt haben. Die große Mehrzahl der Stettiner Arbeiter aber blieben ruhig. Wohl lodete auch ihnen das Blut, aber sie drängten ihre Erregung nieder, weil sie wußten, daß hier nicht der Ort war, sich Benugthung zu verschaffen, weil sie instintiv fühlten, daß man ihnen eine Falle gelegt. Sie blieben ruhig, obwohl man, wie schon jetzt feststeht, Provokationsagenten unter sie gesandt. Einer dieser Haktanten ist sogar ebenfalls von einem Bajonnettstich verwundet worden. Die große Mehrzahl der Arbeiter ließen sich von diesen Burschen, die — wie die „Kosische Zeitung“ schreibt — am tollsten lärmten, nicht verleiten, nur die jüngeren, ungeschulten Leute gaben ihrer Erregung nach — fern sei es von uns, deshalb einen Stein auf sie zu werfen — und sind denn auch der Blutgier der Ordnungshelmen mehr oder minder schwer zum Opfer gefallen.

Blut ist geflossen — leider finden wir in keinem der uns vorliegenden Berichte den Namen des Vaden von Polizisten, der die Blutspure durch die unerhört freche Auflösung der Versammlung provozirte, um seinen Namen gebührend brandmarken zu können. Bis unsere Stettiner Freunde das Versämte nachgeholt, trete an seine Stelle das System, dessen lebedienerrisches Werkzeug er ist, und der maßgebende Träger desselben — Puttkamer.

Ja, es ist die verbrecherische Hand des salbungsvollen Augenministers, die bei der Mordthat von Stettin die Fäden geführt hat. Es ist dasselbe System, nach welchem seinerzeit in Berlin und später in Hannover und anderwärts gearbeitet wurde, überall freilich vergebens, nur in Stettin, wo die Bewegung verhältnißmäßig jung ist, hat man es wenigstens soweit gebracht, das Militär in Funktion treten zu lassen.

Blut ist geflossen — aber was der Stettiner Puttkamerling erreichen wollte, hat er darum doch nicht zustande gebracht: einen Krawall, der sich gegen die Arbeiter fruchtlosiziren ließe. Die schwachen Versuche der Reptilienpresse in dieser Richtung sind kläglich mißglückt. Vielmehr ist jetzt das direkte Gegenheil von dem, was die Mordbuben gewollt, eingetreten — wo es noch einer Aufrüttelung der Arbeiter bedurfte, da hat die Schandthat von Stettin, die ja nur die „Krönung“ ist der Schandthaten, welche in Danzig, in Halle, in Magdeburg, in München, in Offenbach und anderwärts, das Ihrige dazu gethan, den letzten der Schummernden aufzurütteln.

Sie hat den deutschen Arbeitern, wir meinen denjenigen unter ihnen, die es nicht schon vorher gemußt, auf's deutlichste gezeigt, wozu ihre Regierer mehr Militär brauchen. Nicht gegen einen äußern Feind, sondern gegen das deutsche Volk!

Als Räuber und Mörder führen sich im gegenwärtigen Wahlkampf die Biedermänner auf, welchen in Deutschland die Wahrung von Recht und Gesetz übergeben ist. Welche Schandthaten sie sich für die letzte Woche vor der Wahl vorbehalten haben, wissen wir nicht, nur soviel wissen wir, daß von dieser Gesellschaft das Aergste zu gewärtigen ist. Aber das wissen wir auch, daß alle ihre schmutzigen und brutalen Mittel und Mittelchen an der Festigkeit und Ueberzeugungs-treue unserer Genossen, der klassenbewußten Arbeiter Deutschlands, zerschellen werden.

Mögen Puttkamer und seine Leute thun, wozu ihre brutal-gewalthätige Natur sie treibt, sie werden darum doch nicht verhindern, daß der 21. Februar ein Tag des Triumphes sein wird für die deutsche Sozialdemokratie, für die von ihnen schmählichst mit Füßen getretenen Sache des Rechts und der Gerechtigkeit.

Und neugekräftigt, entschlossener als je wird die deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf für Freiheit und Recht fortsetzen, bis der Tag kommt, da das heutige brutale Regierungssystem gebrochen am Boden liegt, der Tag der Sühne für alle von seinen Trägern und Soldknechten verübten Verbrechen an Leben und Lebensglück. Und daß er bald eintrete, das walte der heilige Born, der jedem rechtlich Gesinnten stets auf's Neue das Blut in Wallung bringt, wenn er an diese in schamlosem Uebermuth begangenen Verbrechen denkt.

### Zu den Stichwahlen.

(Eingefandt)

Die Tagesblätter brachten in der letzten Zeit die Rott, daß das Zentralwahlkomitee der sozialdemokratischen Partei seinen Parteigenossen anempfohlen habe, bei den unausbleiblichen Stichwahlen für diejenigen Kandidaten der gemäßigteren Parteien einzutreten, welche die bestimmte Zusage geben, im Reichstage für Abschaffung des Sozialistengesetzes sowie für Aufrechterhaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts einzutreten, resp. dafür zu stimmen.

Da man nun weiß, welcher Lügen die kapitalistische Presse fähig ist, wenn es gilt, der verhassten Sozialdemokratie ein auszuweichen, so hätte obige Racht wohl keine Beachtung gefunden, wenn nicht in Nr. 5 des „Soz. Dem.“ dieselbe in einer Weise reproduirt worden wäre, welche an der Wahrheit keinen Zweifel aufkommen läßt.

Also wieder die alte Geschichte! Die „geschickliche Erläuterung“, welche der Partei ein solches Vorgehen vorschreibt, lasse ich nicht gelten, sie klingt mir ein bißchen zu — parlamentarisch. Ob die Stellung „geschicklich“ ist oder nicht, kommt hier gar nicht in Betracht, keinesfalls ist sie der Prinzipien der Partei würdig.

Für die Kandidaten der Pfaffenpartei und des schwächlichen „Freisinn“ einzutreten! O gewiß, die werden ihre Zusicherung zu den gestellten Anforderungen schon geben, jedoch nur mit dem stillen, aber festen Borsatz, bei Einbringung ihres Versprechens dasselbe auf die eine oder andere Weise zu nichte zu machen, resp. die Wirksamkeit ihrer Zusage zu paralysiren.

Darum denn die Abkommandirungsbriefe seitens der „freisinnigen“ Macher und die prompte Befolgung derselben bei Beibringung des Sozialistengesetzes vergessen! Ist es etwas anderes als brutale Lüge, wenn deren Kandidaten heute in den Wählervereinigungen erklären, sie seien freisinnig gegen das Sozialistengesetz gewesen?

Woran sind denn die Reformvorschlüge unierer Abgeordneten gescheitert? Doch weniger an dem Widerstand der Regierung (den diese natürlich gar nicht notwendig hatte, da Andere die Arbeit für sie beorgten), als an dem der „freisinnigen“ bürgerlichen Parteien, derselben, mit denen man jetzt einen Wahlpakt abschließen will.

Und nun gar die Mitglieder der Pfaffenpartei! Hierüber sollte man eigentlich gar kein Wort mehr zu verlieren haben, denn wer von den Beirathern der Heuchelei im Prinzip noch etwas Anderes erwartet, als hinter Angen zu werden, der mag ruhig nach dem Monde auswandern, hier ist kein Platz mehr für ihn.

Es geht den Fall, die Betreffenden hielten ihr Versprechen, ja noch mehr, es würde dadurch das Ausnahmengesetz abgeschafft und der Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts wieder dem Volk bis zum Sanz-Kammerleinstag garantiert, welchen Nutzen hätte das für die Arbeitersbewegung im Großen und Ganzen?

W nig oder keinen. Ueber den Werth des letzteren, außer dem der vorerwähnten, heutzutage einzig möglichen öffentlichen Agitations Gelegenheit, mag man streiten, aber soweit es in Deutschland die Zeit, wo es geschieht, das heißt in diesem Falle polizeilich, gesteuert ist, für den Sozialismus Propaganda zu machen, für immer vorüber, und die Aufhebung des Ausnahmengesetzes seitens der bürgerlichen Parteien wird an diesem Zustand nichts ändern. Etwas anders wäre es, wenn die herrschende Klasse, durch die drohende Haltung des Proletariats gezwungen, statt der gegenwärtigen Unterdrückung es mit dem Gegenheil derselben sollte, ihm einen Theil der gestellten Forderungen zu bewilligen bereit wäre. Daran ist jedoch nicht zu denken, da dies ja das Auslösen ihrer Herrschaft selbst bedeuten würde.

Wenn es also nach dem Ausgeführten von gar keinem Nutzen für die Arbeiterpartei ist, sich mit den bürgerlichen Parteien, wenn auch nur sehr vorübergehend, zu verbinden, so ist es andererseits für den proletarischen Charakter derselben von größtem, nicht wieder gut zu machendem Schaden, indem es bei dem Volke den Wahn erweckt, es sei im Verein mit den bürgerlichen Parteien möglich, der Regierung doch noch etwas abzurufen, eine Illusion, welche nicht entstehen genug entgegengetreten werden kann. Außerdem kann ein durch ein solches Verhängen herbeigeführtes Wahlergebnis in keiner Weise als ein Wagemesser für das Umsichgreifen unierer Prinzipien gelten.

Rein, was unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen mit oder ohne Hilfe der Mittelpunkte etwa erreicht wird, ändert an der Lage des Arbeiters nichts. Rein Krankenversicherungsgesetz, keine Unfallversicherung, nichts von allem heute Erreichbaren kann seine soziale Lage bessern, solange er sein ganzes Ich dem Kapitalisten zu verlaufen gezwungen ist.

Darum also dies nicht klar und bestimmt in allen Flugblättern aussprechen, in allen Wählervereinigungen erörtern und bei jeder passenden Gelegenheit im Reichstage in nicht mißzubehaltender Sprache dem Volke auszusprechen?

Werde man mir hier nicht pessimistische Anschauungen vor. Ja, ich bin pessimist allen halben Maßregeln gegenüber; Optimist aber insofern, als ich glaube, daß das Volk, alle Hindernisse wegzegend, seine ganze Emanzipation sich ohne weitere Hilfe selbst erringen wird.

Ein Genosse, dessen scharfe Beobachtungsgabe und treffendes Urtheil sich schon oft bewährt hat, hat jüngst seine Ueberzeugung im „Sozialdemokrat“ dahin ausgesprochen, daß sich in unserer Partei, selbst unter der letzten Reichstagsfraktion, eine Erdmündung geltung zu verschaffen suche, welche mit dem reinbürgerlichen Sozialismus eines Brouillon viel Ähnlichkeit aufweise, und welche früher oder später bestimmte Form annehmend, d. h. sich zu einer besonderen Partei bildend, von den Vertretern des proletarischen Sozialismus sich trennen werde.

Siehe wir daher bedacht, solche Bestrebungen von unseren Reihen fernzuhalten, denn die Adoption derselben seitens der gesammten Partei wäre die bisher gedachten, sowie die zukünftigen Opfer nicht werth.

Wir können, da die vom Einsender behandelte Frage von der höchsten Aktualität ist, nicht umhin, seinen, nach unserer Ansicht nicht zureichenden Auslassungen eine Darlegung unseres Standpunktes folgen zu lassen.

Zunächst ist es sicher zu weit gegangen, den vom Zentralwahlkomitee der sozialdemokratischen Partei den Genossen ertheilten Rath als einen „Wahlpakt“ zu bezeichnen. Er faßt unseres Erachtens nur die Maßnahmen, unter denen ein Eingreifen der Parteigenossen bei Stichwahlen zwischen Gegnern angebracht erscheint, immer aber setzt er ein selbständiges, unbedingtes Vorgehen der Partei voraus.

Daß aber ein solches Eingreifen unserer Genossen keineswegs von vornherein gegen die Prinzipien und den revolutionären Charakter unserer Partei verstoßt, sollte dem Einsender schon die Lectüre des kommunistischen Manifestes gezeigt haben, auf dessen Widerwärtiger Engels er sich ausdrücklich beruft. Es fragt sich bloß, ob die speziellen Bedingungen im Widerspruch mit unseren Grundgesetzen stehen. Wir behaupten, nein.



Das allgemeine Wahlrecht ist unseres Erachtens nicht bloß ein Agitationsmittel, sondern auch, in den Händen einer zielbewußten Partei, ein sehr schnelles Mittel und sollte daher als solches auch offen anerkannt werden. Wenn nun unsere Genossen da, wo die Sozialdemokratie überhaupt nicht in Frage kommt, d. h. bei Stichwahlen zwischen Gegnern, von dem Wahlrecht in einer Weise Gebrauch machen, die die heutigen Wahlhaber, die uns unterdrücken, schwächt, ohne der Ausbreitung unserer Grundzüge in irgend einer Weise Abbruch zu thun, folgen sie da nicht einfach den Geboten der Realpolitik, wie sie eigentlich schon der natürliche Selbstbehaltungstrieb erfordert? Warum auf den Gebrauch einer Waffe verzichten, weil wir nicht sofort alle Gegner damit austrotten können?

Zu, sagt der Einsender, ein solches, auch nur sehr vorübergehendes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien ist für den proletarischen Charakter unserer Partei von größtem, nicht wieder gut zu machendem Schaden, indem es u. a. (s. oben)

Wäre dem so, dann müßte unsere Partei eigentlich schon längst ihren proletarischen Charakter verloren haben, denn seit sie besteht, ist sie in der vom Einsender verurteilten Weise mit der bürgerlichen Opposition „zusammengegangen“. Köstliche Empfehlung! Feinerzeit, Marx und Engels haben es wiederholt gebilligt, und mit Entsetzen, von diesem Vorgehen Schaden zu ziehen, hat die Partei durch denselben bisher nur Vortheil gehabt. Wir haben dadurch die bisher der bürgerlichen Opposition anhängenden Volksteile immer mehr zu uns herübergezogen, nicht umgekehrt.

Die gegenseitige Befürchtung des Einsenders entspringt der merkwürdigen Ansicht, daß der Arbeiter, wenn er zur Wahlurne geht, plötzlich sein Urtheil verliert, während er sonst immer genau weiß, was er thut. Wir theilen diese Furcht nicht. Wir glauben, daß ein Arbeiter, der seine Klassenlage erkannt hat, und auf andere haben wir keinen Einfluß, sehr wohl seinen Stimmzettel z. B. für einen Kandidaten abgeben kann, ohne deshalb in Illusionen über die soziale Stellung dieses Herrn und die Leistungsfähigkeit seiner Partei zu verfallen. Bei der letzten Reichstagswahl haben z. B. um ein konkretes Beispiel anzuführen, unsere Berliner Genossen in der Stichwahl für Bismarck gegen Stöcker gestimmt; glaubt der Einsender, daß sich auch nur einer derselben dadurch in seinem Urtheil über die deutschfeindliche Partei hat betrennen lassen? Wir nicht, und der 21. Februar wird zeigen, daß wir Recht haben.

Ran kößt sich der Einsender an unserer Bemerkung, daß der Vorschlag des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees der geschichtlichen Stellung unserer Partei entspreche. Das klingt ihm zu „parlamentarisch“.

Worte sprechen uns nicht, und auf die Gefahr hin, von ihm für einen Parlamentarier gehalten zu werden, müssen wir an unserer Ansicht festhalten. Geschichtlich ist die Sozialdemokratie die Erbin des bürgerlichen Liberalismus, gerade so wie das Proletariat der Erbe der Bourgeoisie als Klasse ist. Daß das Bürgertum in Deutschland seine geschichtliche Aufgabe in politischer Beziehung schwerlich erfüllen wird, haben wir in unserm Blatte wiederholt, unter Anführung der dazugehörigen Gründe, nachgewiesen; es wird und mehr Arbeit als Ertrungen schaffen werden. Aber das kann für uns kein Grund sein, die Menge der uns zufallenden Arbeit noch zu vermehren. Gerade das wäre Kleinbürgerlicher Doktrinarismus. Wir bekämpfen die Bourgeoisie, aber ohne den Haß des bornirten Kleinbürgers, indem wir ihre zeitweilige historische Berechtigung wohl anerkennen. Nur uns gegenüber ist sie reaktionär, den feudal-junkereischen Elementen in Staat und Gesellschaft gegenüber ist sie ein Faktor des Fortschritts.

Wenn wir also, wo sie letzteren gegenüber stehen, die radikalen Elemente des Bürgertums stärken, so werden wir durchaus im Sinne unserer grundsätzlichen Auffassung von der geschichtlichen Stellung unserer Partei. Nur wer, im Gegensatz zu Marx und Engels, den Entwicklungsstandpunkt leugnet, kann das bestreiten.

Zudem sind die bürgerlichen oppositionellen Parteien ja einmal da, und wir haben nicht die Macht, sie wegzubekämpfen. Da erscheint es uns immer noch als die beste Taktik, sie, wo es nicht auf Unkosten unserer Partei geschieht, möglichst in die Lage zu bringen, ihre Impotenz durch die That zu beweisen. Exempla docent — Beispiele beweisen, sagt ein altes Sprüchwort. Wir müssen überall das treibende Element bilden, sie zwingen, entweder für uns zu arbeiten oder sich selbst unmöglich zu machen.

Wir hätten die bürgerliche Opposition nicht aus Schwärmerei für sie, sondern im eignen, wohlverstandenen Interesse. Daß die soziale Lage der Arbeiter durch die Wahl eines Bischofs oder Runkel nicht gebessert wird, stimmt, aber sie wird auch durch die Wahl eines Riquel oder Wolf nicht gebessert. So steht die Frage heute nicht. Die Frage steht nur so: Wie fördern wir den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse? Und das geschieht unsres Erachtens ganz sicher dadurch am besten, wenn wir die Waffe des Wahlrechts da, wo wir sie nicht direkt für unsere Partei schwingen können, gegen unsern, heute an der Macht befindlichen, und in der schäuflichsten Weise mißhandelnden Gegner führen, indem wir gleichzeitig unsere „Bundesgenossen“ bestimmtere Bedingungen diktieren.

Seien wir weder Optimisten noch Pessimisten, sondern prüfen wir nüchtern, klaren Blickes die Dinge, wie sie wirklich liegen. Von prinzipieller Bedeutung ist für uns immer nur der erste Wahlgang. Beim zweiten handelt es sich darum, ohne Verleugnung unserer Grundzüge unsere mächtigsten Widersacher möglichst zu schwächen, sie, wo es nur angeht, matt zu legen.

Ohne Verleugnung unserer Grundzüge, d. h. ohne zu vergessen, daß die politische Freiheit die Vorbedingung ist für die wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse. Unserm sozialistischen Programm stehen alle Parteien feindlich gegenüber, und die Regierung mindestens ebenso feindlich als die bürgerliche Opposition. Für die Regierung und ihre Partei, außer ihnen wir daher unter keinen Umständen können. Wo aber die Opposition die von dem Zentralwahlkomitee der Partei vorgeschriebenen Forderungen erfüllt — daß es nicht überall der Fall, wissen wir natürlich auch — da stärken wir unsere Position, wenn wir sie im gegenwärtigen Moment unterstützen.

Mit einem Wort, wir können in dem Beschluß des Zentralwahlkomitees der Partei nichts Bedenkliches finden, zumal sich nach den allen früheren Wahlen gezeigt hat, daß der Grundgedanke der absoluten Wahlenthaltung im entscheidenden Moment doch nicht fehlerhaft wird. Die Herren wollen das Recht, das sie haben, auch benutzen. Da ist es sicherlich besser, man setzt vorher ein Minimum fest, das den Genossen gegebenenfalls einen festen Halt gegen alle Demagogie der letzten Stunde bietet. In diesem Sinne fassen wir den oben erwähnten Beschluß auf und können wir ihm unsere Billigung nicht verweigern.

## Eine „wissenschaftliche Kritik“ des Marx'schen Systems.

(Schluß.)

Nach solchen vernichtenden Angriffen auf Marx folgen die positiven Darlegungen des Verfassers. Wir übergehen sie, denn sie können uns nicht im mindesten interessieren, sie sind so unbedeutend als nur möglich und enthalten einen wahren Duft von Unsinne, unter anderem auch die Beschreibung eines sozialistischen organisierten Staates, vor dem der Himmel und bewahren möge. Hier nur noch Einiges, soweit das vorliegende Buch der Marx'schen Theorie kritisch gegenübersteht.

Nachdem Herr Georg Adler in langen und breiten Auseinandersetzungen Marx darin zu widerlegen sucht, daß Kapital und Grundrente nicht allein erbeuteter Mehrwert seien, kommt er zum Schluß wieder ohne irgend welchen logischen Zusammenhang in seiner, bereits an einem andern Beispiel illustrirten Weise auf die eben bekämpfte Marx'sche Theorie zurück. Er sagt da wörtlich:

„In letzter Instanz ist es natürlich der Ertrag der nationalen Arbeit, aus welchem die Naturrente ebenso wie die Kapitalrente entnommen wird. Näher braucht man hierauf nicht einzugehen...“ (S. 131.)

Wir nehmen uns im Gegensatz zu Herrn Georg Adler die Freiheit, bei wissenschaftlichen Untersuchungen nach der letzten Instanz zu fragen. Was das nähere Einzelne betrifft, so wäre es in der That überflüssig gewesen, nachdem Herr Georg Adler in gewohnter Weise, stets zu logischen

Sprüngen bereit, am Schluß langer Erörterungen just das Gegenteil von dem behauptet, was er bisher verteidigt hatte.

Wir können nicht umhin, die — es sei das Wort gestattet — Kritik des Verfassers über die Bestimmung des Mehrwerts durch variable Kapital mit einigen Worten zu berücksichtigen, denn hier sind wir wohl auf den Gipfelpunkt der nur schwer zu qualifizierenden Art des Herrn Georg Adler gelangt, davon abgesehen, daß diesen Ausführungen wohl die Krone der Arroganz gähe, was, da Herr Georg Adler in dieser Beziehung Bedeutendes leistet, nichts Geringes besagt.

Genau die Lehre von Marx, daß das variable Kapital, d. i. das in Arbeitslohn ausgelegte, als in Mehrwerth bedingend sei, während das konstante Kapital, d. i. das in Produktionsmitteln und Hilfsstoffen vorausgabte, in dem Werth der produzierten Waaren nur wiedererscheint, hat Herr Georg Adler vom Standpunkt der Mehrwerthlehre (1) nichts einzuwenden. Da er aber glaubt, gegen Marx bewiesen zu haben, daß in der kapitalistischen Volkswirtschaft die Waaren sich nie zu ihrem vollen Werth austauschen können, erklärt er, daß die Mehrwerthlehre „eo ipso nur Hirngespinnst“ sei. (S. 134.)

Unsere Leser wissen bereits, wie unglücklich die vermeintliche Beweisführung des Herrn Georg Adler ausgefallen ist, und wie er seinerseits nur das Eine unwidersprechlich bewiesen hat, daß er nicht einmal eine Ahnung davon hat, um was es sich hier eigentlich handelt. Da wir die Behauptung des Verfassers, daß sich die Waaren nicht nach ihrem Werth austauschen, unmöglich gelten lassen können, interessieren uns auch die Schlußfolgerungen nicht, die er daraus zieht.

Nur einer Unterstellung und Verdrehung der Marx'schen Worte müssen wir noch Erwähnung thun, da sie die Vermeyen des Anständigen gar zu sehr überschreitet. Herr Georg Adler behauptet hier, Marx sähe ganz ab von der Profitrate überhaupt und im Besondern vom konstanten Kapital, d. i. von jenem Theil des Kapitals, das in Produktionsmitteln und Hilfsstoffen angelegt ist. Wir zitieren die Stelle des „Kapitals“, auf die sich der Verfasser stützt, hier wörtlich:

„Wir wissen in der That bereits“, heißt es im „Kapital“ I. 3. Aufl. S. 195 ff., „daß der Mehrwerth bloß Folge der Werthveränderung ist, die mit v, dem in Arbeitskraft umgesetzten Kapitaltheil vor geht, daß also  $v + m = v + \Delta v$  (plus Increment von v) ist. Aber die wirkliche Werthveränderung und das Verhältnis, worin sich der Werth ändert, werden dadurch verdunkelt, daß in Folge des Wachstums eines vorwärtigen Bestandtheils auch das vorgeschobene Gesamtkapital wächst. Es war 500 und es wird 590. Die rechte Analyse des Prozesses erhebt also von dem Theil des Produktionswerts, worin nur konstantes Kapital wiedererscheint, ganz zu abstrahiren, also das konstante Kapital  $c = 0$  zu setzen... Die Gleichung des konstanten Kapitals mit 0 bezieht sich auf den ersten Blick. In der That vollzieht man sie beständig im Alltagsleben. Will Jemand z. B. Englands Gewinn an der Baumwollindustrie berechnen, so zieht er vor Allem den an die Vereinigten Staaten, Indien, Ägypten u. s. w. gezahlten Baumwollpreis ab, d. h. er setzt im Produktionswerth nur wiedererscheinenden Kapitalwerth = 0.“

Daran anknüpfend sagt Herr Georg Adler:

„Die Behauptung, mit der hier Marx jene Theorie zu stützen sucht, ist eine grundsätzliche, ja völlig unüberlegte. Ihr zufolge bleibt es sich gleich, wie viel England an die Vereinigten Staaten, Indien, Ägypten u. s. w. für die geleistete Baumwolle zahlt, wenn nur der Baumwollpreis aus dem englische Produkt wieder herausgeschlagen wird! Es bleibt sich also gleich, ob England für die Baumwolle eine Million Mark oder eine halbe Million Mark zahlt, wenn es nur „relativ variables Kapital“ verwendet und gleich großen, absoluten Gewinn erzielt... Die Kaufleute, welche das konstante Kapital in Hinsicht des Gewinns „beständig im Alltagsleben“ ignoriren (wie Marx meint), würden unserer Ansicht nach „beständig im Alltagsleben“ ignoriren, daß sie dem Bankrotte entgegengehen. Und ein solcher Bankrott soll die Eliminirung des konstanten Kapitals begründen helfen!... Der Bankrott des Kapitalisten bedeutet in diesem Fall zugleich den Bankrott der Marx'schen Theorie! Hier kann kein „dritter“ Band des „Kapital“, hier können keine zehn Bände mehr helfen!“ (S. 133 ff.)

Wie! wenn Marx das konstante Kapital gleich Null setzt, um, wie er selbst sagt, den Prozeß der Entstehung des Mehrwerts genauer analysiren zu können, d. h. d. h. d. h. Herr Georg Adler runter, Marx behauptet, daß es z. B. für England gleichgültig sei, ob es 1 oder 100 Millionen Mark für Baumwolle ausbezahlt. Wollte Marx denn auf diese Weise die Profitrate berechnen und nicht vielmehr die Rate des Mehrwerts, d. i. den Ausdrucksgrad der Arbeitskraft, vor Allem aber es dem Leser klar machen, daß die Größe des konstanten Kapitals nicht den geringsten Einfluß auf die Entstehung des Mehrwerts hat. Und wenn Marx weiter hinzusetzt, daß diese Gleichsetzung des konstanten Kapitals mit Null zwar referendens richtig ist, aber beständig im Alltagsleben vorkommt, dann doch wieder wie er mit klaren Worten ausdrückt, nur bei Berechnung der Gewinnmasse und nicht bei Berechnung der Profitrate? Was dienen die Thatfachen, die die Wanie der Verdrehung des Verfassers deutlich genug kennzeichnen, noch hinzusetzen?

Ja der Kritik der Marx'schen Theorie des Normalarbeitstags können wir mit dem besten Willen nicht einmal ein denkendes Argument gegen Marx finden. Der Unterschied zwischen Mehrwerth und Profit Rate wird unter dem Schein der Originalität gegen Marx immer wieder ins Feld geführt. An einem Beispiel wird gezeigt, daß der verlängertem Arbeitsstag die Rate des Mehrwerts nicht in demselben Verhältnis steigt, wie die Profitrate, und daß die letztere allein für den Kapitalisten bestimmend sei. Nun mußte Herr G. Adler, wenn er mit diesen Erwägungen irgend etwas gegen Marx sagen wollte, zum mindesten beweisen haben, daß wenn der Kapitalist den Arbeitstag verlängert und auf diese Weise den Ausdrucksgrad der Arbeitskraft steigert, damit bei sonst gleich bleibenden Verhältnissen nicht auch die Profitrate wachsen müsse; daß bei verlängertem Arbeitstag die Profitrate eben nur durch den gesteigerten Ertrag der Ausbeutung der Arbeitskraft vergrößert wird; — von al' dem keine Spur! Statt dessen begnügt sich Herr Georg Adler damit, uns den Einfluß eines verlängerten Arbeitstages auf die Vergrößerung der Profitrate darzulegen, etwas was nicht nur nicht im Widerspruch mit der Marx'schen Theorie steht, sondern vielmehr eine Konsequenz derselben bildet; statt dessen erzählt uns der Verfasser zu wiederholten Malen, der Kapitalist liege sich nicht durch die Mehrwerthrate, sondern allein durch die Profitrate bestimmen. Ja, hat Marx denn jemals behauptet, daß die Unternehmer den Ertrag ihres Kapitals nach der Mehrwerthrate berechnen und nicht vielmehr zu diesem Zweck den Mehrwerth auf das vorgeschobene Gesamtkapital übertragen? Die Behauptung des Herrn Georg Adler, daß der Kapitalist, wie Marx ihn darstellt, ein imaginärer Kapitalist sei, weil er seinen Gewinn an der Mehrwerthrate nicht und nicht an der Profitrate, ist darum einfach aus der Luft gegriffen. Herr G. Adler hat mit seiner Darlegung des Einflusses des verlängerten Arbeitstages auf die Steigerung der Profitrate nicht das Mindeste gegen Marx bewiesen, im Gegentheil!

Wenn er weiter hinzusetzt, daß der gewaltige Fehler von Marx darin besteht, daß er die Tendenzen der kapitalistischen Volkswirtschaft durch die Sucht der Kapitalisten nach Mehrwerth bestimmen will, während der Kapitalist thatsächlich durch das Streben nach dem Gewinn beherriht wird, so hätte er eben erst beweisen müssen, daß die Sucht nach Mehrwerth und die Sucht nach Gewinn sich nicht decken. Das ist ihm keineswegs gelungen. Nachdem er in dem Abschnitt über das Wesen der Rente Kapitalgewinn und Grundrente durch ganz ungerathene Phrasen erklären wollte, hat er ja zum Schluß beteuert, daß in letzter Instanz „Kapital- und Naturrente“ der nationalen Arbeit entnommen wurden.

Wir könnten nach den bisherigen „wissenschaftlichen“ Ergebnissen des Herrn Georg Adler seine Kritik der Folgerungen der Marx'schen Theorie ruhig übergehen, aber sie enthält in allzu sprechender Weise die durchgreifende Tendenz der vorliegenden Kritik, um nicht in einigen Bemerkungen sie zu beleuchten. Der Verfasser beginnt diese Kritik mit dem Versuch einer Widerlegung der Marx'schen Theorie, der zufolge das Kapital besteht in, durch Steigerung der Produktivität der Arbeit die notwendige Arbeitszeit zu verkürzen, das ist denjenigen Theil des Arbeitstages, während welchem der Arbeiter das Äquivalent für die zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel erzeugt. Aber wie gelingt diese Widerlegung?

Ran hebt! Justiz! Gehe jeder Kapitalist von seinem privatwirtschaftlichen Standpunkt aus und such in dem von ihm geleiteten Unternehmen die Produktivität der Arbeit zu steigern lediglich in seinem eignen privatkapitalistischen Interesse. Wie aber könne man behaupten, daß der

Kapitalist den volkswirtschaftlichen Prozeß im Auge habe? So Herr Adler. Hat Marx dies aber behauptet? Wenn Marx sagt, daß diese Tendenzen in der kapitalistischen Volkswirtschaft vorherrschend, so sagt er damit doch nicht, daß sie die bewußte Absicht der einzelnen Kapitalisten ist. Herr Adler will oder kann sich eben auch nicht für einen Augenblick von dem ganz bewirkten volkswirtschaftlichen Standpunkt des Gesellschafters zu einem wissenschaftlichen erheben. Er wird darum mit der Marx'schen Theorie mit einer Bewandtheit fertig, wie man sie nur etwa bei einem Comis pagoguer wieder finden dürfte. Wenn Marx z. B. seiner Mehrwerthlehre entsprechend entwickelt, daß nur das in Arbeitslohn ausgelegte Kapital mehrerertheilend sei, durch die Einführung von Maschinen aber das in Arbeitslohn ausgelegte Kapital vermindert würde, hat also ein Widerspruch vorwalte, so erwidert Herr Georg Adler: „Die Wirklichkeit kennt keinen Widerspruch bei der Anwendung von Maschinen, das bewegende Element der kapitalistischen Volkswirtschaft ist eben nicht der Mehrwerth, wie es Marx uns einreden sucht, für den Kapitalisten handelt es sich bei Einführung der Maschine darum, ob sein Gewinn vergrößert wird oder nicht... Von einem „Widerspruch“ ist da nichts anzutreffen.“ (S. 155.) Bei einer gewissen Flachheit angelangt, wird jede Widerlegung schwer. Herr Georg Adler hat diese Grenze längst überschritten.

Wir haben in der hier besprochenen Schrift Vieles übergegangen, z. B. die von ihrer Begründung wie ihrem Ton gleich erbärmlichen periphrastischen Angriffe auf Marx, Engels und Kautsky, weil wir geglaubt haben, den Genannten nachzutreten, wenn wir sie gegen einen Stridenten vom Schlage des Herrn Dr. Georg Koler verteidigten; wir haben auch vieles Andere ignorirt, in Betreff dessen der Nachweis des völlig falschen nicht minder leicht fiele als in Hinsicht der in dieser Kritik behandelten Punkte. Wir können indessen ruhig alle weiteren Schlußfolgerungen dieser Schrift gegen die Marx'sche Theorie für falsch erklären, nachdem wir gezeigt, wie dieses freche, in der schäuflichsten Weise zusammengeschriebene Nachwerk des Herrn Georg Koler an den anaesthetisirten hauptächlichsten Punkten seine fast bemitleidenswerthe Impotenz an den Tag gelegt.

## Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 15. Februar 1887.

— Nun sind auch Offenbach und Stettin mit dem kleinen Belagerungszustand bestraft worden. Daß die Nachhaft des bereits „belagerten“ Frankfurt am Main über kurz oder lang ebenfalls die Segnungen des „kleinen“ zu verspüren bekommen werde, war vorauszusetzen. Nachdem Preußen einmal den belagerten Finzger hatte, wäre es gegen seine Natur gewesen, wenn es sich nicht auch gleich die ganze Hand genommen hätte. Der Belagerungszustand ist nur der zweite Akt eines politischen Heldenspiels, dessen erster Akt Kolumne hieß. Die Kolumne wurde benutzt, den Großerzog zu krönen und — wenn der Herzog fällt, muß auch der Mantel d. h. die Selbstständigkeit der Landesverwaltung nach.

Mit dem kleinen Belagerungszustand über Offenbach wurde die Befestigung Hessens durch die Preußen besiegelt, und wird nicht eher wieder aufgehoben werden, als jener. Nun, uns kann recht sein, nicht wir sind die Hüter der Selbstständigkeit der deutschen Bundesstaaten. Und wenn die deutschen Fürsten nur noch eine Realität kennen, die in der Länderebene Preußen gegenüber, so unterzeichnen sie damit nur selbst ihr eigenes politisches Todesurtheil.

Daß man nicht einmal den Ausgang der Wahlen abwartete, sondern noch vorher den Wahlfreis Liebnecht's unter die Polizeikautelle stellte, daß man grade Liebnecht zuerst auswies, ist ein neuer Beweis für die grenzenlose Dummheit und Unverschämtheit der preussischen Beamthalter dieser Kategorie der bodenlosen Dummheit, denn man muß wirklich Bill Bismarck heißen, um nicht zu wissen, welche Wirkung sie auf die Arbeiter nicht nur des Kreises selbst, sondern auch ganz Deutschlands herabzubringen muß. Der bodenlosen Unverschämtheit, weil sie einen brutalen Schlag in's Gesicht eines großen Theiles des deutschen Volkes bedeutet, desselben Volkes, an dessen Opfer willigkeit man im gleichen Moment die höchsten Anforderungen zu stellen die Kühnheit hat.

Und doch, was ist Offenbach gegen Stettin? Die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über letztere Stadt aus weiter keinem Grunde, als daß der Uebermuth eines Strebers von Polijisten in derselben eine Blutzene herausgeschworen hat, daß ist in der That der Gipfel der Schamlosigkeit. Der Held des französischen Gaunerstücks Robert Rocaire, der über seinen Rivalen Vertrano zu Gericht sitzt und ihn natürlich freispricht, ist hier noch überboten. Statt der Schurken von Polijisten, der den Rord des Arbeiters Jerga verschärfel, zu bestrafen, erklärt man die Opfer seiner Brutalität für vogelfrei.

Das ist die Gerechtigkeit im Staate des Baum cuique! Daran erkennen wir unsern Tugendminister!

Indes, wir freuen uns dieser neuesten That Ehrenputz's. So ist der empörendste Bestandtheil des Schandgeiz's nunmehr in eine Provinz getragen, die bisher fast ganz von der „Pist des Sozialismus“ verödet geblieben war. Das wird nun anders werden. Mit dem „kleinen“ nistet sich nunmehr auch der Sozialismus dauernd in Vomern ein.

Wir sprechen uns am 21. Februar, und werden uns in drei Jahren wieder sprechen, Ergeben von Buttamer!

— Die Kurzung der Autorität des Papstes behufs Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten Deutschlands ist eine komplette Bankrotterklärung der Bismarck'schen Regierungsweltweisheit. Nur ein Mann, der ganz und gar weder ein noch aus weiß, konnte sich zu einem so kompromittirenden Schritt entschließen. Bismarck hat sich da wieder als der richtige politische Djardspieler gezeigt, der ohne Strupel Alles auf eine Karte legt, wenn er mit Gemuth einen Erfolg erzielen will. Ob ihm das mit Bezug auf das Septennat gelingen wird, ist obenbrein noch fraglich. Aber selbst wenn es der Fall sein sollte, würde dieser Schimerzfolg die grenzenlose Blamaze des sechsjährigen Bittjanges nach Kanossa nicht aufwiegen.

Daß Papst Leo auf Bismarck's Wunsch so bereitwillig einging, haben wir schon in voriger Nummer als eine vom Standpunkt der römischen Kirche sehr begreifliche Politik erklärt. Es kommt aber noch hinzu, daß der gute Mann die Schulle hat, den berufenen Gesellschaftsrechts spielen zu wollen. Von Anfang seiner Amtstätigkeit hat er nicht aufgehört, den Sozialismus und die umsturrierischen Theorien zu bekämpfen. Mit welchem Erfolg, hat sich namentlich im katolischen Land gezeigt. So wird er nun auch mit Bergnügen Bismarck dabei anfeinden, in Deutschland die Gesellschaft zu retten. Die „Norddeutsche“ kündigt es schon an, und der darf man gewiß glauben, Juraud und Juraud kern in Arm, da wird es um den bösen Sozialismus bald gehen sein. Wer hat Lust, zu weiten?

— Kolossale Tölpel sind diese reichstreuen Bedientenfeelen: zum Beispiel haben sie jetzt in Leipzig, der „Hochburg“ des reaktionären Spielbürgerthums, 18 freie Hilfskassen mit einem Schlag zerboten, um 16,000 Arbeiter in die Polizeikassen hineinzuwerfen. Durch diesen Gewaltthaten haben sie zunächst aber doch 2000 Wähler, die sonst für Ledbin gestimmt hätten, in das sozialdemokratische Lager getrieben. Es hängt auch den Herren bereits an, vor den Folgen ihres Geniefehlers Angst zu werden, und das „Leipziger Tageblatt“ vertritt sorgsamste Kruptrung der Maßregel. Nun — das sind eben Haisen. Die reichstreuen Bissardi's sind grummige Feinde der Arbeiter, obgleich sie von den Arbeitergößen in Haus und Haus leben; und in jener Maßregel drückte sich ihre wahre Meinung aus. Wenn sie hintennach thun, als ob ihnen die Sache leid thäte, so ist das einfacher Wahlschwindel. Der ihnen jedoch nichts nutzen wird. Wir uns geschrieben wird, sind die Leipziger Genossen voller Siegeszuversicht. Niemals habe solche Begeisterung geherricht, und niemals auch nur annähernd solche Opferfreudigkeit. In Bezug auf diesen letzteren Punkt sind die Nachrichten gleichlautend aus allen Theilen



Deutschlands. Es ist ein Schwung, eine Begeisterung, eine Kampferregung in den Gemütern, wie bei keiner früheren Wahl. Seit es Reichstagswahlen gibt. Der Sinn über die Niedertracht des herrschenden Systems, welches sich in dem Wort: Puttkamer zusammenfassen läßt, hat der Begeisterung jenen entflohenen Geist gegeben, der vor jedem Opfer zurückweicht, und lächelnd jeder Gefahr die Stirn bietet. Es ist das jenes heilige Pflichtgefühl, das die drei Märtyrer von Berlin in den Tod rufen ließ — jenes heilige Pflichtgefühl, das zu Taten der Unsterblichkeit entflammte. Der Name dieser drei Berliner Märtyrer wird im Pantheon der Geschichte glänzen, und das Andenken an diese drei Berliner Märtyrer wird auf ewige Zeiten fortleben im Herzen des Volks, und noch nach Jahrhunderten, noch nach Jahrtausenden, wenn die Bismarck, Puttkamer und andere Verbrecher an der Menschheit längst der Vergessenheit überlassen sind, wird das Volk diese drei Berliner Märtyrer als Vorkämpfer des Proletariats, als Befreier der Arbeiterklasse und der Menschheit verehren.

Die Wissenschaft weist nach, daß auch die Nahrungsmittel und edelsten Metalle und Metalle in Haus und Hof die Natur eine nützliche Rolle spielen. In ähnlicher Weise spielen die Puttkamer und Bismarck eine nützliche Rolle in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit: Sie sind die unentbehrlichen Geburtshelfer der Freiheit und Gerechtigkeit — durch ihre Niedertracht erzeugen sie leuchtende Menschheits-Heiden wie unsere drei Berliner Märtyrer.

Und was die drei Berliner Märtyrer gekostet, das sind Hunderttausende deutscher Arbeiter täglich zu thun bereit. Welche Partei kann auch nur annähernd eine gleich hohe Summe von Pflichttreue, Opferwilligkeit und „sittlichem Fond“ aufweisen? Ja, von „sittlichem Fond“, Herr von Puttkamer! Und die Weltgeschichte, welche das Vergleichen ist, wie ein gewisser Schüler sagt, wird uns recht geben. Sie wird uns recht geben und unser Recht — und Ihnen, nebst Ihrer Sippe, was Sie verdient haben: einen Platz auf dem Rißhaufen der Weltgeschichte.

Die amerikanischen Arbeiter sind zwar noch nicht durchweg Sozialisten, allein der Sozialismus macht unter ihnen immer mehr Propaganda, und viele „Affenblitz“ (Kogon, Zweige — eigentlich Verfallungen) sind vollständig sozialistisch. Zum Beispiel die „Affenblitz“ von Williamsport in Pennsylvania. Derselbe sah am 24. Januar mit Bezug auf die deutschen Reichstagswahlen einmütig folgenden Beschluß:

Office der Local-Assembly Nr. 3116, der Knights of Labor (Ritter der Arbeit).

Wir, die Mitglieder der obigen Assembly, senden hiermit den deutschen Sozialdemokraten, unseren treuen Kampfgenossen, den Ausdruck unserer herzlichsten Sympathie und verdammen einstimmig das brutale, jedem nationalen und internationalen Rechtsgefühl Hohe sprechende Vorgehen des Bluts- und Eisenjunkers Bismarck, und hoffen, daß unsere Brüder bei der kommenden Reichstagswahl keinen Sitz verlieren, sondern in größter Zahl und mit größerer Macht aus derselben hervorgehen werden.

Auf insatiable Hilfe bedacht, haben wir einen entsprechenden Geldbeitrag zuständiger Orts abgefordert und hoffen, daß derselbe unerschrocken seinem Bestimmungsort zugeführt wird.

Wir sind mit Euch! Ein Hoch dem erwachenden Arbeiterproletariat!

Mit solidarischen Gruß!

Die Mitglieder der Local-Assembly 3116 der Knights of Labor.

Wir bringen diesen Beschluß mit um so größerer Freude zum Ausdruck, als der Orden der Arbeiter gerade in neuerer Zeit durch verschiedene „trümmere“ Manipulationen des „Großmeisters“ Powberly in ein tiefes Licht zu geraten drohte.

Das Wort „national“, welches in dem Beschluß vorkommt, ist bei uns nicht in dem engeren Sinn aufzufassen, den es bei uns hat. Im Englischen sowohl als im Französischen heißt „national“: was die ganze Nation umfaßt, im Gegensatz zu lokal.

„Unnatürlich.“ Die zweite Sitzung des Verbandstages deutscher Dachdeckermeister (Zunftbrüder) wurde mit der Besprechung der Frage begonnen, ob das künstliche und unnatürliche Hochstreben der Löhne (durch Streiks) sittlich auf das Gesellschaften einwirkt? — läßt das konservativ liberale „Gemeiner Tagesblatt“ sich unter dem 9. d. aus Leipzig schreiben, wo dieser Tage ein sogenannter Dachdecker tag laute, aber richtige, nächste.

Also „unnatürlich“ ist's, nach den Begriffen dieser Herren, wenn die Arbeiter sich von ihren Arbeitgebern nicht das Heil wollen über die Ohren ziehen lassen! Wie mag in solchen Zunftkämpfen ausbleiben? Und die „sittliche“ Wirkung der „unnatürlich“ erhöhten Löhne auf die Arbeiter (Gesellen)! Was die Herren Künstler sich darunter vorstellen mögen! Ob sie an sich selber Erfahrungen gemacht haben, welche sie machen lassen, daß Jemand, der nicht hungert, an seiner Sittlichkeit Schaden leiden muß? Doch genug. Wir stürzen den Baus des, um zu zeigen, wie in gewissen Hinsichten die Begriffe vollständig auf dem Kopf gestellt sind.

— Zum Kapitel der Brieflieberei. Wenn in neuerer Zeit florante Fälle von Brieflieberei seltener als früher zu verzeichnen waren, so liegt der Grund hauptsächlich darin, daß die Brieflieberei jetzt ganz öffentlich und in Form Rechts betrieben wird. Man kennt die berühmte, wiederholt von Liebesknecht im Reichstag zur Sprache gebrachte Verfügung oder Verordnung, welche jeden Postbeamten anhängt, die ihm anvertrauten Sendungen genau zu durchmustern, und falls der Inhalt verdächtig erscheint, die nächsten Polizeibehörden zu verständigen. Mit Hilfe dieser Verordnung ist die Sache sehr einfach: die Polizei erfährt durch die geleglich vorgeschriebenen Postinspektionen, daß eine verdächtige Sendung an E. V. auf der Post liegt, und zu der und der Zeit an ihn überbracht wird. Während, zur bestimmten Stunde kommt der Postbote hinter dem Briefträger her, nimmt, nachdem dieser seine Sendung abgegeben hat, eine Hausdurchsuchung vor, nimmt die betreffende Sendung mit, und die Briefe ebener erfolgt in Form Rechts durch den Untersuchungsrichter oder Staatsanwalt. Dagegen ist rechtlich nichts zu machen — die Post ist vollkommen unschuldig, und Herr Stephan kann sich in die Braut werfen und selbstlich betheuern, daß die Briefe auf der Post fertig sind wie die Bibel auf dem Altar. — Es gibt aber auch noch eine andere Form der Brieflieberei, die noch weit bequemer ist, und die im ausgedehntesten Maß, ja geradezu unbefangt ausgeübt werden kann, ohne daß es irgendwie bemerkt wird. Wir meinen, die „Preturierung“ im eigentlichen Sinne des Wortes, nämlich das Fernschreiben durch das Kouvertil hindurch. Wird der Brief gegen ein Licht gehalten, so ist der Regel nach jeder Federstrich ebenso deutlich zu erkennen, als ob der Brief offen ausgebreitet läge. Der dies nicht schon weiß, kann sich sofort von der Richtigkeit dieser Behauptungen der Schwärzen Kabinete seit hundert Jahren bekannten Thatsache überzeugen. Nicht zu lesen sind bloß 1) solche Briefe, die auf mindestens zwei Seiten geschrieben sind und so unumringelt sind, daß die Buchstaben über einander liegen und ein unentwirrbares Gemenge bilden; und 2) solche Briefe, die entweder auf dunkles Papier geschrieben, oder in ein dunkles (braunes, graues, blaues) Kouvertil von dicke Papier gehüllt ist. Die jetzt im Gebrauch befindlichen Böden und hellen Briefkouvertils begünstigen die „Preturierung“ außerordentlich und sind darum für Briefe, deren Inhalt nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, zu vermeiden. Credas exporto — der das Schick, hat seine Erfahrungen gemacht.

— Gegen das Säle-Abstreifen, welches jetzt in Deutschland das beliebteste Kampfmittel des Ordnungsgewaltigen ist, haben unsere Genossen, so schreibt man uns, eine vortreffliche Waffe — den Vorkott. Die Wuthe leben — mit verschwindenden Ausnahmen — von den Arbeitern. Das müssen die Arbeiter begreifen, und wenn ihnen ein Wuthe seinen Saal nicht zu Verammlungen gibt, so haben sie dem Mann einfach zu erklären: Du lebst von uns, und Deine verfluchte Schuldigkeit ist, daß Du zu uns gehst und nicht zu unseren Feinden ernährst. Handelt Du anders, so laß Dich von unseren Feinden ernähren — wir ernähren Dich nicht länger!

Das ist eine Sprache, die in den meisten Fällen verstanden würde. Hier und da wird sie ja auch von den Genossen geführt — und wo mit dem gehörigen Nachdruck, stets mit Erfolg — aber leider geschieht es viel zu selten.

Man versuche nur einmal! Das Mittel ist proball!

— Als erheiterndes Moment in diesem ersten Wahlkampf muß erwähnt werden, daß der Exproletarier, Exdemokrat und Expolitist G. H. in Leipziger Landkreis kandidirt, und daß sein Hauptagitator der — Sparig ist. Der Herr G. H. ist bekanntlich durch gerichtliche Feststellung überwiegen, in einer offeneren Stunde sein politisches Programm dahin entwickelt zu haben, daß er für genügende Bezahlung bereit ist, jeder Partei zu dienen. Was ihm die Bismarck'schen Ordnungsstügel bezahlt haben mögen? Biel wird's wohl nicht sein. Jede andere Partei hätte ihn mit einem Reichspennig zu theuer erkaufte.

— In Limbach (Sachsen) versuchte ein Bürgermeisterei Namens Hofmann, die Stettiner Volkswahlidentitäten zu kopieren. Nachdem ihm der wiederholte Versuch misslungen, eine Wahlversammlung von mindestens 2000 Köpfen, in der Liebesknecht sprach, zur Auflösung zu bringen, wählte er, während über die erdrückende Niederlage seiner Partei (ein Sprecher derselben war über „abgeführt“ worden) die reichliche Räumung des Saales erzwingen. Nur der unerschütterlichen Disziplin der Genossen ist es zu danken, daß der Ruchführungsversuch des Bürgermeisterei misslingt und Handgreiflichkeiten, die schließlich in Blutvergießen endeten, vermieden wurden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das provokatorische Vorgehen der Polizeibehörde auf eine allgemeine, für das Reich geltende Instruktion zurückzuführen ist.

— Der „Schweiger“ hat wieder gesprochen: „Die Lage ist kritisch“ — sprach das schmerzende Orakel. Gemüth ist die Lage kritisch — Ich kritisch für das Gefühle der Kriegshörer und Kriegszugabfabrikanten. Das Publikum ist hinter den Schindeln gekommen, und dem „großen Schweiger“, der im Monat November vorigen Jahres sprach: „Die Kämpfer sind eine Kreislauf“, und im Monat Januar dieses Jahres: „wenn wir keine Kämpfer machen, haben wir den Krieg“, rufen wir das hübsche alte Wort zu: O si taquissim!

Hätt'st Du geschwiegen still  
Und 'n Mund gehalten sein,  
Dann würd' der „große Schweiger“  
Nicht jetzt blamoren sein.

Ja, ja, das kommt davon, wenn ein Lodenkopf Weisheit predigen und sich mit einer geschwulstigen Leiche und einem assyrischen Hundsstößel als heilige Dreieinigkeit aufthun will — anderthalb Jahre vor dem hundertjährigen Geburtstag der französischen Revolution!

Über dem hundertjährigen Geburtstag der Revolution läßt uns ein, daß der Sozialist alle hundert Jahre Geburtstag hat und verläßt, verschönt und gestärkt aus den Lodernden Flammen emporsteigt!

— Die Liste der Wahlberechtigten wächst immer mehr. In Magdeburg hat der samige § 129 den Vorwand bieten müssen, unsere thätigsten Genossen, zwei und dreihundert an der Zahl, sowie den bisherigen Abgeordneten und jetzigen Kandidaten unserer Partei, Kug. Heine, während der Wahlzeit hinter Schloß und Riegel zu bringen. In Breslau hat die privilegierte Kriegerbande unsere Genossen 30 000 Flugblätter geschickt. In Halle wurde Kasper ohne jede Spur eines gesetzlichen Vorwandes vom Böhnhof weg verhaftet und mehrere Stunden lang hinter Schloß und Riegel gehalten. Die Zahl der Hausdurchsuchungen, Sitzungen, Verclamungen verbote etc. ist Legion. Rügt aber alles nichts, das Reich muß uns doch bleiben!

— Frankreich. Zu keiner Zeit, seit die Sozialdemokratie besteht, haben die französischen Sozialisten so energisch und so lebhaft ihre Solidarität mit den deutschen Arbeitern betont als gerade im gegenwärtigen Moment, wo gewissenlose Demagogen die Arbeit und jenseits der Parteien (und diesseits noch mehr als jenseits) die Arbeiter durch in-gewerbenmäßige betreiben. Deshalb legen wir auch ganz besonderen Wert darauf, drei Stimmen der internationalen Solidarität zur Kenntnis der deutschen Arbeiter zu bringen.

Der Pariser „Socialiste“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer an der Spitze folgendes Manifest:

An die deutschen Arbeiter!

„Deutsche Brüder!

Die Arbeiter Frankreichs sind durch die Haltung Eurer sozialistischen Abgeordneten in dem nunmehr aufgelösten Reichstag nicht überrallt worden.

Wir erinnern uns daran, daß Ihr Euch im Jahre 1870, nach dem Sturz Bonaparte's, welcher dummer und verbrecherischer Weise Deutschland angegriffen hatte, mit allen Kräften der Fortsetzung des Krieges wider die französische Republik widersetzt hattet.

Wir erinnern uns daran, daß Ihr Euch im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und um nicht eine Delle einiger Kontrakte zwischen den beiden Ländern zu schaffen, auf die Gefahr des Verlustes Eurer Freiheit der gewaltthätigen Annexion von Elsaß-Lothringen widersehtet.

Und als das Kaiserreich, das Euch erdrückt, Euch jäh mit neuen Forderungen nach Soldaten und Geld kam, welche einseitig-normale gegen Frankreich dienen sollten, waren wir Euch sicher, waren wir überzeugt, daß Ihr auch einer Wiederholung des Bruderkrieges Euer V. H. versagen müßt.

Ihr habt mit dem Militärgeheiß Eurer Röske und Bismarck das gegenseitige Abklopfen, das man vorbereiten will, zurückgewiesen. Und wir wiederholen es, wir erwarteten nicht anderes von Euch, von Eurer Dingebung an die internationale Arbeiterische. Aber wenn wir Euch auch nicht die Befehligung antun wollen, Euch dafür zu danken, so wollen wir Euch doch antworten und zur Ehre des Friedens unsere Stimme mit der Euren vereinen.

„Deutsche Brüder!

Die Arbeiter Frankreichs werden, wie Ihr, ihren internationalen Pflichten treu bleiben und ihnen bei jeder Gelegenheit nachkommen.

Wir Ihr, weisen wie die kriegerischen Völker zu, welche die Regierungen in ihrer Verlogenheit nähren, um in dem von Proletariaten vergossenen Proletariatsblut die Forderungen zu ertränken, welche sie erheben und deren Triumph von unserer Vereinigen bedingt ist.

Wir Ihr, werden wie die Mittel zum Krieg vorzuziehen, und wenn sie versuchen sollten, über den Volkswillen hinweg zu schreiten, werden wir uns wie Ihr vor die Gewehre und Kanonen stellen, die man uns zwingen will, wider einander zu richten.

„Es lebe der Frieden!

„Es lebe der internationale Sozialismus!

„Es lebe die Vereinigung aller Arbeiterklassen!“

Dieses Friedensmanifest ist unterzeichnet von 6 Vereinen und Gruppenorganisationen von Paris, von der Arbeiterdelegation des Alier-Departements, von dem sozialistischen-revolutionären Centralomite der Gironde, von der sozialistischen Federation des Departements Haute-Sienne, von den Vereinigten Gruppen der Arbeiterpartei in Reims, von 6 Arbeitervereinen in Lyon, von der Arbeiterunion und 6 Einzelvereinigungen in Bordeaux, vom sozialistischen Centralomite im Cher-Departement und von einer ganzen Anzahl einzelner Gruppen (u. A. aus Beauvais, Bichy-Cassat, Roanne, Tropes, Guise, Roulers, Le Mans, Alais etc.).

— Dänemark. Ueber den Ausgang der Wahlen zum dänischen Folketing entnehmen wir einer Kopenhagener Korrespondenz der Wiener „Gleichheit“ folgende Einzelheiten:

Im Jahre 1884 verloren die Ministerellen hier in Kopenhagen drei Kreise an die Arbeiterpartei. (Eigentlich nur 2, da der eine Arbeiterlandthal, Hermann Trier, kein eigentlicher Sozialdemokrat war, jedoch durch persönliche und geistige Verbindungen mit der Partei eng befreundet war. Nam. des Arbeiterführers.)

Von diesen haben nun die Arbeiter zwei an die Reaktion abtreten müssen. Der eine, welcher von Trier repräsentirt war, fiel mit 2938 Stimmen gegen 3259; der andere, welcher vom Sozialdemokraten

Börsum vertreten war, mit 975 gegen 1141 Stimmen; indeß gelang es den Arbeitern, den letzten Wahlkreis mit P. J. J. als Abgeordneten mit 6757 gegen 6727 Stimmen — also nur 30 Stimmen Majorität — zu halten; endlich erzielte die Sozialdemokratische Partei in Kopenhagen und Densen in Odense nicht unbedeutende Minoritäten. In Kopenhagen ist jedoch fastlich die Arbeiterpartei um zirka 1500 Stimmen vorwärts geschritten, indem 1884 6805 Stimmen abgegeben wurden gegen 8272 im Jahre 1887; unsere Gegner haben also keinen Grund zu jubeln.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß unsere Agitation in hohem Grad durch die von der Regierung verhängten Ausnahmengesetze gehemmt ist, wie auch, daß die Stimmenabgabe öffentlich ist und nur für Wähler gilt, welche keine Armenunterstützung genossen haben. Alles dies liegt im Vortheil der Bourgeoisie. In Kopenhagen allein waren zirka 10,000 Wähler nicht wahlberechtigt, weil sie Armenunterstützung empfangen hatten.

Unsere Partei ist also trotz der irreführenden Wirkung der ökonomischen Kräfte, trotz aller Ausnahmengesetze, trotz des gemeinen Zwangsmaßes, welches die herrschende Klasse durch die vorgezeichnete öffentliche Abstimmung eingeführt hat, trotz des Umstandes, daß 10,000 des Wahlrechtes von vornherein beraubt waren, doch mit einer Stimmenmehrheit aufgetreten, wie noch nie zuvor. Allerdings hat auch die Reaktion ihrerseits seit den letzten Wahlen einen größeren Zuwachs aufzuweisen, aber die Brutalität einer herrschenden Partei ist im Anfang immer im Stand, einen Sieg zu gewinnen. Sobald der Kampf überhand nimmt und etwas Positives ausgerichtet werden soll, müß es der arbeitenden Klasse und den Kleinbürgern wie Schuppen von den Augen fallen. Nicht von der Seite ist etwas zu erwarten.

Die Taktik, welche unsere Partei in der nächsten Zeit folgen wird, wird es ihnen klar beweisen. Schon die verflozene Reichstagsperiode hat verschiedene reformatorische Vorschläge von Seite der Sozialdemokraten aufzuweisen, welche die Regierung ihre Unterstützung nicht hat entgegen zu lassen. Die kommende Versammlung der Reichstoten wird in dieser Beziehung noch lehrreicher für den Kopenhagener Arbeiter und Mittelstand sein; und wenn die Regierung gezwungen wird, ihren Klassenstandpunkt zu zeigen, so ist auch der Boden unter ihren Füßen hinweggezogen. Und das Vergehe, daß die Sozialdemokraten am 28. Januar beschloßen, wird beweisen, daß nun eine energisierere persönliche Agitation in Gang gesetzt wird, und namentlich unter den Kleinbürgern. Es ist eine schwere Arbeit, die guten Leute aus den Fesseln zu rütteln, aber die wahrhaftige Politik der Regierung und die rasende Schnelligkeit der ökonomischen Entwicklung werden uns noch ein Erbeisch schaffen, auf welchem die Erste nur noch eine Frage der Zeit ist.

— Norwegen. Aus Christiania, 3. Februar, wird uns geschrieben:

Seit dem letzten Situationsbericht, der aus Norwegen im „Sozialdemokrat“ erschien, hat sich hier viel verändert. Die Sozialdemokratie hat erfreuliche Fortschritte gemacht, ja sie ist zu einer Partei geworden, mit der man zu rechnen beginnen muß, trotz all den verschiedenen Arbeitervereinen zur Ausrottung des mehr und mehr um sich greifenden Sozialismus, mittels deren die Herren die Arbeiter zum Festhalten an der alten Litanei veranlassen wollen. Jedes Arbeiter uns, wie vorausgesehen, die Entwicklung kritisch in die Hände. „Bei den jetzigen Verhältnissen müssen wir Sozialdemokraten werden“, so hör man heute Leute sprechen, die früher nie etwas vom Sozialismus hören wollten, die den Sozialismus als ein fremdländisches Gewächs betrachteten, das für die norwegischen Verhältnisse nicht passe, kurz, die eine andere Weltanschauung nicht zu begreifen vermochten, ehe sie nicht durch die nackte Notwendigkeit dazu gezwungen wurden. Von unserer Partei einderulene Versammlungen für Arbeiterlose waren wahre Auferweckungen an Größe und Rührigkeit. Ferner gab uns die Beschagnahme eines von Genosse R. Krogg geschriebenen naturalistischen Romans, betitelt „Albertine“, Anlaß zu einer Protestversammlung, in welcher von allen Rednern mit Ausnahme von zwei die Resolution der Forderung verlangt wurde, daß die ganze liberale Presse erklärte sich gegen die Beschagnahme des genannten Buchs, und am Sonntag den 18. Januar 1901 eine Prozession von mindestens 6000 Personen zum Staatsminister und verlangte die Freigabe des Buchs. Der Herr vorstehend zu ihm entsandten Deputation, daß er sehen würde, was sich machen ließe. Das ist der reine Hohn gegenüber den Arbeitern; diese Art Leute werden die Wirklichkeit nicht eher begreifen, bis wir das Sprichwort anwenden: Wer nicht hören will, muß fühlen.

Zum Schluß theile ich noch mit, daß wir einen internationalen Arbeiterbildungsverein mit deutscher Geschäftssprache gegründet haben, den ich hiermit bestens empfehle.

Mit dem Versprechen, jedes Euch interessirende Vorkommniß alsbald mitzutheilen, verbleibe ich Euch

Rother Vorposten im hohen Norden.

### Korrespondenzen.

Berlin, 14. Februar. Die hiesige Polizei hat am Sonnabend früh auf verschiedenen Stellen hier ghausucht. Natürlich war die Arbeit keine besonders glänzende. Jedenfalls gehört diese neueste Unternehmung der hiesigen höheren Ordnungsbüro und Anzeigebüro in den Rahmen des bekannten Programms der Regierung gegen die sozialdemokratischen Wahlen.

Die Stimmung in den Kreisen der Genossen sowie der oppositionellen Elemente Berlins überhaupt schreitet trotz allen Verbotes und sonstigen Maßregelungen tüchtig vorwärts. Die Wahlen werden Reiter Butty beschreiben, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter durch solche verbrecherische Thorheiten der Uebeltäter sich immer mehr klärt, festigt, vertieft und verbreitet! Die von der Polizei zur Wahl geplante „letzte Brillant-Vorstellung“ dürfte auch hieran nichts ändern können. Man kann uns wohl beugen, aber nicht brechen. Dies wird auch der traurige Klatsch des Schirners regiments derer nicht vermögen, die ihrem jammerbaren Vorbilde, dem weiland „König Bonno“ von Neapel, in jenseitlichem Abreiß einen silbernen „Ehrenschild“ für seine Schandthaten gespendet haben.

Der rote Finger.

Breslau, 10. Jan. (Die Polizeifolgen an der Arbeit) Seit einigen Wochen fängt es wieder einmal hier an, ungemüthlich zu werden; ein kleines Prozeßchen würde für unsere Hochblöde doch gar zu gut sein. So fanden in letzter Zeit viele Hausdurchsuchungen statt, deren Resultat natürlich stets Null war. Es war am 29. Dezember v. J. früh gegen 7<sup>1/2</sup> Uhr, da traten bei unserem Genossen Paul Fischel's Mann ein — und zwar 4 uniformirte Schutzleute und 4 Kriminalkommissäre — welche erklärten, sofort eine Hausdurchsuchung nach einem Flugblatt vornehmen zu wollen, wozu sie zu wissen behaupteten hier verbreitet worden und bei Fischel sich in mehreren Tausend Exemplaren befände. Daß Fischel hier Wochen vorher schon eine Hausdurchsuchung hatte, bei der nichts gefunden worden war, that nichts wahrheitsgemäß; er hat nachgeholt werden, was damals verdammt worden. Als Fischel die Frage an die Spürnasen richtete, wer sie denn eigentlich seien, wurde ihm von Jedem die Hundemarke, welche als Legitimation dienen soll, gezeigt, und dabei erklärt, daß die Namen Nebensache seien. Auf die weitere Frage nach der üblichen Verfügung, aus der zu ersehen sei, in wessen Auftrag die Durchsuchung vorgenommen werden solle, erklärten die Herren, daß sie keine hätten, worauf Fischel die Durchsuchung verbot. „Was?" Ichrie ein Keiner oder großmüthiger Kriminalkommissar, ich in der Meinung bekräftigt, daß bei Fischel etwas zu finden ist. „Ihr wollen nicht suchen lassen?" und griff sofort nach der Privat-Büchse des Genossen. — „Run gut," erklärte Fischel, „ich werde bei Bedarf weichen, aber sofort Beschwerde einreichen." — „Das können Sie thun," erwiderte dieser keine Gemergroh, und — legte bei dem Schicksal eine Teilnahmigkeit an den Tag, wie sie uns bisher noch nicht vorkommen ist. Von Drucksachen verstanden der Bürche und seine Mitbröche überhaupt nichts, nur auf eines verstand er sich gut: im Zigaretten aufbereiten. (Fischel ist Zigarettenfabrikant.) Auf Fischel's Bemerkung, in Zigaretten, welche voll Zigaretten sind, und über welche



